

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin  
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

**Bezugsbedingungen:** Vierteljährlich durch die Post  
10 M., unter Streifband 14 M.

**Schriftleitung und Versand:**  
Berlin, S 42, Luisenauer 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

**Erscheint alle 14 Tage Sonnabends**

In der Zeit vom 24. Sept. bis 14. Okt. sind die Beiträge für die 39. u. 40. Woche fällig.

## Portosätze ab 1. Oktober.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Postkarten im Ortsverkehr 1,50 M., im Fernverkehr 3 M.  
Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 2 M., über 20—100 g 4 M.,  
über 100—250 g 6 M.; im Fernverkehr bis 20 g 6 M., über  
20—100 g 8 M., über 100—250 g 10 M.  
Drucksachen bis 20 g 1 M., über 20—50 g 1,50 M., über  
50—100 g 3 M., über 100—250 g 6 M., über 250—500 g 8 M., über  
500 g bis 1 kg 10 M.  
Ansichtskarten mit Grüßen von höchstens 5 Worten  
auf der Vorderseite 1 M.  
Geschäftspapiere bis 250 g 6 M., über 250—500 g 8 M.,  
über 500 g bis 1 kg 10 M.  
Warenproben bis 250 g 6 M., über 250—500 g 8 M.  
Pakete: Nahzone bis 5 kg 30 M., über 5—7½ kg 40 M.,  
über 7½—10 kg 60 M., über 10—15 kg 100 M., über 15—20 kg  
140 M.; Fernzone bis 5 kg 80 M., über 5—7½ kg 120 M., über  
7½—10 kg 160 M., über 10—15 kg 280 M., über 15—20 kg 360 M.  
Zeitungspakete bis 5 kg (Nahzone) 15 M.  
Postanweisungen bis 100 M. 6 M., über 100—500 M.  
10 M., über 500—1000 M. 12 M., über 1000—2000 M. 16 M., über  
2000—5000 M. 20 M.  
Postscheckgebühren: Zahlkarten bis 100 M. 3 M.,  
über 100—500 M. 5 M., über 500—1000 M. 6 M., über 1000 bis  
2000 M. 8 M., über 2000—5000 M. 10 M., über 5000—20 000 M.  
12 M., für je weitere 10 000 M. oder einen Teil dieser Summe 6 M.,  
für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, im Höchst-  
falle jedoch nur eine Gebühr von 30 M. für eine Zahlkarte.

## Zur Wirtschaftskrise.

Die panikartige Flucht vor der Mark — hervorgerufen durch eine katastrophale Erschütterung des noch vorhandenen geringen Zutrauens zur Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft und verstärkt durch eine gewissenlose Spekulation geldgieriger Börsianer hat ein vorläufiges Ende erreicht und dadurch auch den Aufblähungen des Dollars ein Halt geboten, das man gewissermaßen als eine natürliche Erschlaffung nach den Ausschweifungen der letzten Wochen bezeichnen kann. Aber trotzdem haben die Warenpreise noch immer ihre aufsteigende Tendenz beibehalten, ja, man kann sogar von einem wahren Preistaumel reden, der sich schon im voraus allen etwa noch zu erwartenden Entwertungen der deutschen Mark anzupassen versucht.

Die Leidtragenden dabei sind die Arbeiter und Konsumenten, die breite Masse des Volkes, dessen Ernährungsniveau sich trotz aller Lohnerhöhungen immer bedenklicher den Kriegsverhältnissen nähert. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wie sich die Entente künftig zu der die ganze Welt in Spannung haltenden Reparationsverpflichtung Deutschlands verhalten wird, obgleich schon gewisse schwache Anzeichen einer vernünftigeren Betrachtung des Problems vorhanden sind.

Dieser ungewisse Zustand legte aber den Arbeiterparteien und unserer wirtschaftlichen Vertretung, dem A. D. G. B. die Verpflichtung auf, energische Maßnahmen zu ergreifen, um einer weiteren Verelendung mit all ihren furchtbaren Folgen für unser Volk vorzubeugen. Und so hätte der Bundesvorstand schon vor geraumer Zeit der Reichsregierung die in der letzten Nummer unserer Zeitung veröffentlichten Vorschläge zur Sicherung der Ernährung und Bekämpfung des Wuchers vorgelegt, die in den Kreisen der Produzenten und Händler als unerträgliche Bevormundung bezeichnet wurden, weil ihnen jede Preisfestsetzung und öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Bedarfsartikel

eine Kürzung ihrer durch die Wiedereinführung des freien Handels erzielten Wuchergewinne bringt. Sie forderten Preisbemessung nach den Wiederbeschaffungskosten, d. h. nach dem Dollarkurs, obgleich es sich vielfach um inländische Produkte handelt und Steigerung der Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit, obgleich sie dann die Mehrerzeugung immer wieder nach dem Ausland bringen und Valutagewinne einheimen, sodaß ein greifbarer Erfolg für die Arbeiterschaft nicht eintreten kann.

Demgegenüber hat die Reichsregierung erste Maßnahmen angeordnet, die eine Kartoffelversorgung durch nachdrückliche Förderung des Vertragsabschlusses zwischen Erzeugern und Verbrauchern gewährleisten soll. Weiter wird die Verbrennung der Kartoffeln zu Schnaps auf das für die Viehhaltung gebotene Mindestmaß von Schlempefutter beschränkt werden.

Der Zucker soll durch sachgemäße Verteilung allen Teilen der Bevölkerung zugeführt werden und seine Verwendung zu Likören ist verboten, ebenso darf zur Herstellung von Süßigkeiten nur solcher aus dem Ausland verwendet werden. Ferner ist nach Besprechung mit den Ländern ein Verbot der Herstellung starker Biere ins Auge gefaßt, um Gerste für wichtigere Zwecke freizubekommen.

In der angesichts der hohen Fleischpreise besonders wichtigen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit billigen Seefischen soll ein Ausfuhrverbot für Seefische erlassen werden und eine genügende Versorgung der Hochseefischerei mit deutscher Kohle angestrebt werden, damit diese Fahrzeuge nicht fremde Häfen mit teureren Kohlen und der Versuchung zum Verkauf der gefangenen Fische anzulaufen brauchen.

Weiter soll dem widerlichen Treiben in den Schlemmergaststätten durch höchste Besteuerung seitens der Gemeinden und durch Ablehnung neuer Konzessionsgesuche Einhalt getan werden, wogegen sich aber die Organisationen der Gastwirte mit dem Bemerkten wenden, daß eine Kontrolle der Gäste technisch unmöglich wäre, weil sie dann von einem Lokal in das andere ziehen oder auch nur die Räume wechseln.

Schließlich sind noch verstärkte Hilfsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner eingeleitet, indem die Teuerungszuschüsse vom 1. September um durchschnittlich 66⅓ % erhöht und die vorschußweise Beschaffung von Wintervorräten angeordnet wurde. Auch die Mittel der sozialen Fürsorge für diese Personen sind verdoppelt worden.

Dazu kommt noch Ausbau der Volks-, Kinder- und Studentenspeiseanstalten, Vorbereitungen zum möglichst reibungslosen Abtransport von Kohlen, Kartoffeln und Getreide, Einfuhrverbot von Luxusgegenständen, um Devisen zu sparen, periodische Kontrolle der Devisenspekulation und Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Auf Übertretungen der bestehenden und neu hinzukommenden Verbote sollen schärfste Strafen, vor allem Gefängnis, gesetzt werden.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nahmen zu diesen Auswerkungen ihres Vorgehens sofort Stellung, bezeichneten die Maßnahmen der Reichsregierung als vollkommen ungenügend und ersuchten in einem Telegramm den Reichskanzler um sofortige neue Verhandlungen.

Hierzu schreibt der „Soz. Parlamentsdienst“:

„Die Reichsregierung war auf dem besten Wege, gegen Teuerung und Wucher vorzugehen. Ihre angekündigten Maßnahmen haben bei den breiten Volksmassen größte Sympathie gefunden, leider aber blieb es bisher nur bei dem Anfang. Die Veröffentlichung einer Verordnung über die Beschränkung der Einfuhr, die übrigens äußerst unzulänglich erscheint, und die Ausarbeitung einer Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrabgaben, von der man sich ebenfalls nicht viel versprechen soll — das sind bis jetzt die einzigen Maßnahmen —, können den Hunger des darben-

Volkes nicht stillen. Wir verkennen keinesfalls, daß die Reichsregierung in den letzten Tagen durch die schwebenden Reparationsverhandlungen außerordentlich stark in Anspruch genommen war, aber wir haben kein Verständnis dafür, daß das unbedingt auf Kosten der arbeitenden Schichten geschehen mußte. Inzwischen ist die Not größer geworden. Sie erfordert weitergehende Maßnahmen, als sie bisher von der Regierung geplant waren. Zunächst verlangen wir, daß, bevor man hastet und eilt, um bald die Erhöhung der Umlagepreise, insbesondere auch für das erste Drittel, vornehmen zu können, zunächst einmal für unsere Gehalts- und Lohnempfänger gesorgt werden muß, deren Gehälter mit der Bewegung des Dollars nicht fortschreiten. Jetzt muß endgültig Klarheit darüber geschaffen werden, ob man in der gegenwärtigen Not den Handel weiterhin frei schalten und walten lassen will und ob ferner weiterhin zugesehen werden soll, wie für den Groß- und Kleinhandel jede Entwertung der Mark für neue Preisfestsetzungen maßgebend ist, während das Sinken des Dollars keine Berücksichtigung findet. Wo bleibt die zugesicherte schärfste Anwendung der Wuchergesetze? Wann gedenkt man dem endlosen unerhörten Taumel auf dem Produktenmarkt durch energische Maßnahmen entgegenzutreten? Wie lange soll sich das Volk das Unwesen an der Börse noch gefallen lassen?

Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich entschieden zugreift. Das Volk wünscht mehr als lediglich eine Ankündigung von Maßnahmen, die bisher nur auf dem Papier stehen. Hunger tut weh, das möge die Reichsregierung gerade in diesen Tagen nicht vergessen!

Diesen Ausführungen können wir nur beipflichten, denn die bisherigen Erfahrungen lehren, daß die wohlgemeintesten Verordnungen der Regierung von gewissen Schiebern in ihr Gegenteil verkehrt wurden und daß die schönsten Strafen nichts nützten, weil die Exekutivgewalt des Reiches oder der Länder bei der Handhabung der Wuchergesetzgebung versagte. Schon die Umständlichkeit der Anzeigerstattung bei der Polizei, dann das laue Vorgehen der Gerichte, die häufig in den ihnen vorliegenden Fällen keinen Wucher erkennen wollten, ließ das Publikum oft Abstand von Wucheranzeigen nehmen. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn neuerdings die Länderregierungen in Preußen und Sachsen dieses Verfahren vereinfacht und darüber hinaus ebenfalls Verordnungen zur Bekämpfung der Teuerung erlassen haben.

Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich mit dem uns drohenden Verhängnis beschäftigt und Vorschläge ausgearbeitet, die in einer besseren Erfassung der Ernte durch Lieferungsverträge und Ausschaltung des Zwischenhandels gipfeln und sich im übrigen mit den oben angeführten Maßnahmen decken. In seiner Begründung sagt er, daß die Teuerung hauptsächlich durch den Zerfall unserer Währung heraufbeschworen sei, der wiederum eine Folge des auf Deutschland lastenden Versailler Friedensvertrages sei. Als Heilmittel empfiehlt er der Entzweiung der Barzahlungen und Anpassung der Sachlieferungen an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Damit kann man sich ohne weiteres einverstanden erklären, denn es ist für uns unmöglich, trotz geschwächter Wirtschaftskraft außerordentliche Leistungen für das Ausland auszuführen. Ohne Export ist aber an Erfüllung nicht zu denken und so zwingt man uns durch den Währungsverfall zur Verschleuderung unserer Produkte, erzeugt damit im Ausland Erbitterung bzw. Abwehrmaßnahmen und macht schließlich den Einkauf unentbehrlicher Nahrungsmittel und Rohstoffe zur Unmöglichkeit, weil es einfach unmöglich ist, das nötige deutsche Geld zum Einkauf von Devisen zu beschaffen, es sei denn, daß man die Notenpresse noch schneller laufen läßt, wodurch natürlich eine erneute Entwertung unserer Mark eintritt.

Dadurch drohen aber Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelnot im größtem Maße, die uns im Eiltempo russischen Zuständen zuführen würden. Demgegenüber gilt es, Panikstimmungen und Revanchegedanken zu wehren, denn beides würde uns in ein unentwirrbares Chaos, ja in den Untergang Europas stürzen. Wir haben die moralische Verpflichtung der Wiedergutmachung durch den Friedensvertrag übernommen und sind zur Innehaltung im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit umso mehr gezwungen, als ja gerade große Teile der Arbeiterschaft damals für die Unterzeichnung waren, um das Schlimmste für unser Vaterland zu verhüten.

Wir sehen, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, uns aus dieser Anarchie zu befreien, daß er vielmehr daran noch verdient. Deshalb muß die Erringung der sozialistischen Wirtschaft nach wie vor unser Ziel bleiben, das wir aber nicht durch „Aktionen“, durch Spaltungen, durch Kontrollausschüsse oder sonstigen wirtschaftlichen Dilettantismus irreführter Teile der Arbeiterschaft erreichen können, sondern nur durch eine wirkliche Einheitsfront, die ihre Kräfte nicht in der Zerfleischung der eigenen Klassengenossen verbraucht, sondern sie zusammenfaßt, nicht nur, um Überlebendes zu beseitigen, vielmehr, um etwas Besseres an seine Stelle zu setzen.

Die Einigung der beiden sozialistischen Parteien Deutschlands scheint uns das Signal zu sein, das auch über die Landesgrenzen hinaus die Erkenntnis der Wahrheit verkünden und gleichgerichtete Kräfte zu unserer Unterstützung mobil machen wird, um endlich einer glückverheißenden Zukunft entgegen zu gehen. W. R.

## Reichsarbeitsministerium und Arbeitsrecht.

Wenn heute die Literatur über das Arbeitsrecht schon beinahe unheimlich angeschwollen ist, so liegt das ganz natürlicherweise zuerst an der Aktualität des fast völlig neuen Problems und zweitens an den Bemühungen der Gegner einer Neuordnung, die sich fast die Finger wund schreiben, um zu beweisen, daß der Gesetzgeber mit der oder jener Fassung einer Vorschrift selbstverständlich hätte genau dasselbe sagen wollen, was die Herren Syndici denken. Je höher das Gehalt dieser Helfershelfer der Reaktion steigt, desto fanatischer gebärden sie sich in der Bekämpfung des Fortschritts, ja, sie übertrumpfen häufig ihre eigenen Auftraggeber, die nur selten aus ihren Reihen geeignete Leute stellen können und sich daher solcher bezahlten Werkzeuge aus den Kreisen der Angestellten bedienen müssen.

Es ist darum erfreulich, wenn die geistigen Väter der verschiedenen arbeitsrechtlichen Gesetze selbst das Wort ergreifen und in Kommentaren die Entstehungsgeschichte, Grundgedanken und sonstigen Bestimmungen der betr. Gesetze erläutern, obgleich sie doch sicherlich durch ihre sonstige amtliche Tätigkeit so stark in Anspruch genommen sind, daß sie sich dieser aufreibenden Arbeit nur in ihrer Freizeit unterziehen können. Jedenfalls haben aber derartige Werke von anerkannten Kapazitäten nicht nur außerordentlich klärend gewirkt, sondern sie sind sogar mit einem gewissen amtlichen Nimbus versehen, der allen Interessenten die Gewähr bietet, etwas wirklich Brauchbares und streng Objektives gekauft zu haben.

Leider trifft dies aber nicht für die seit einiger Zeit herausgegebene „Bücherei des Arbeitsrechts“ zu, trotzdem der Präsident Dr. Syrup des Reichsamts für Arbeitsvermittlung und der Geheimrat Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium dieses Unternehmen mit ihren Namen decken, mindestens aber ihm einen amtlichen Anschein geben, sofern es sich nicht um ein rein gewerbliches Unternehmen der Genannten handelt, was aber nach den Vorschriften für Beamte kaum möglich ist.

Der 3. Band dieser Bücherei, herausgegeben von den Rechtsanwälten von Karger und P. Hahne, befaßt sich mit dem landwirtschaftlichen Arbeitsrecht und überträgt verschiedene Bestimmungen der Landarbeitsordnung einfach auf unseren Beruf. Ist also in bezug auf das gärtnerische Arbeitsrecht von keinerlei Sachkenntnis beschriftet.

Eine entsprechende Richtigstellung unsererseits wurde vom Herrn Ministerialrat Weigert zuständigkeitshalber gleich an die Verfasser weitergegeben, die aber eine Änderung in ziemlich unhöflicher Form ablehnten, obgleich man von ihnen als Rechtsanwälten eigentlich die Kenntnis der einschlägigen Gesetzgebung voraussetzen müßte.

Wenn nun die betr. Herren in ihrem Irrtum weiter beharren wollen, müssen sie das mit ihrer besonderen Auffassung über Schriftstellerei abmachen, wir aber werfen die Frage auf, warum man ausgerechnet das landwirtschaftliche Arbeitsrecht zwei Rechtsanwälten übergibt, die für den Bund der Landwirte tätig sind, während alle anderen Gebiete von Regierungsräten usw. bearbeitet worden sind? Wenn man eine solche Bibliothek herausgibt, übernimmt man doch auch eine gewisse Verantwortung für die Objektivität der Darstellung, die hier leider nicht vorhanden ist. W. R.

## Ein kommunistischer Reichsbetriebsrätekongreß?

Der Vorstand des ADGB. bringt im „Korrespondenzblatt“ nachstehenden Artikel mit der Bitte um Abdruck:

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht am 31. August einen Aufruf zur Vorbereitung und Organisation eines Reichsbetriebsrätekongresses in spätestens vier Wochen, in dem das Ärgste an Gewerkschaftsverhetzung und Gegenorganisation geleistet wird, was wir seither von jener Seite erleben mußten. Die Arbeiter werden darin aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, da die Gewerkschaftsführer nicht daran dächten, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Bettelsuppen verhandeln und freundschaftlich mit den Kapitalisten verkehren. Eine angebliche Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wende sich an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, Kontrollausschüsse zu bilden, die Preise zu regulieren, die Produktion zu

überwachen und das ganze Wirtschaftsleben des Reiches zu kontrollieren. Die Betriebsräte sollen das Bank- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und Länder eindringen, die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel, Bekleidung, Textil- und Lederwaren, Kohlen und Wohnungen überwachen, durch die Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte eingefahren wird, kontrollieren und die Luxusproduktion lahmlegen sowie die Schlemmergaststätten schließen. Die Betriebsrätevollversammlung habe aber so wenig Zutrauen zur Tatkraft der Spitzenverbände, daß sie selbst einen Ausschuß von 15 Personen eingesetzt und beauftragt habe, sich mit ebensolchen Ausschüssen im Reich in Verbindung zu setzen und in spätestens vier Wochen einen Reichsbetriebsrätekongreß zu organisieren, zu dem die Delegierten durch Urwahlen aus den Betrieben hervorgehen sollen. Der Kongreß soll auch gegen den Willen der Instanzen einberufen werden und die Gewerkschaftsführer sollen gezwungen werden, ihren Beauftragten, den Betriebsräten, Rede und Antwort zu stehen.

Die angebliche Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte war nichts weiter als eine unkontrollierte Zusammenkunft von einigen tausend Personen, deren Betriebsräteeigenschaft durchaus unbegreiflich ist. Die große Mehrzahl der Betriebe, darunter die größten und wichtigsten Betriebe Groß-Berlins, waren völlig unvertreten. Diese kommunistische Versammlung, die überdies nicht von der zuständigen Betriebsrätezentrale einberufen war, hatte kein Recht, namens der Betriebsräte Groß-Berlins Beschlüsse zu fassen und Einrichtungen einzusetzen. Am allerwenigsten ist sie befugt, einen Reichsbetriebsrätekongreß einzuberufen, wofür allein die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale und der Vorstand des ADGB, zuständig sind. Hinter der angeblichen Vollversammlung der Berliner Betriebsräte steht nichts anderes als die Zentrale der Kommunistischen Partei, die die gegenwärtige Teuerungslage benutzen will, um wieder einmal ihr Räte-system zu verwirklichen. Ihre Parolen sind sämtlich darauf gerichtet, die Gewerkschaftsleitungen durch eine direkte Aktion aufgewiegelter Betriebsvertreter beiseite zu schieben und eine Rätepolitik durchzusetzen, die den kommunistischen Zwecken entspricht.

Zugleich haben die Kommunisten in Berlin eine Reihe von Industriegruppen-Fraktionsversammlungen veranstaltet, in denen die Aufgaben der Industriegruppen und die Stellungnahme zu einer Reichsgewerkschaftskonferenz erörtert wurde. Daß sich diese Vorbereitungen und Veranstaltungen nicht zuletzt gegen die Gewerkschaften selbst, ihre einheitliche Organisation und ihre Aktionen richten, darüber kann in allen Kreisen verantwortungsbeußter Gewerkschafter kein Zweifel bestehen. Alle Angriffe auf die Gewerkschaftsinstanzen vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen, daß den Kommunisten der wenig aussichtsvolle Kampf in den Gewerkschaften um die Macht nicht mehr genügt und daß sie es vorziehen, den Kampf nunmehr auch noch von außen durch Sonderkongresse und Sonderaktionen zu führen.

Es bedarf nur der Feststellung dieser Tatsache, um der deutschen Arbeiterschaft darüber die Augen zu öffnen, was sie von der Unterstützung solcher Bestrebungen zu erwarten hätte. Die Gewerkschaften stehen in einem harten und zähen Kampf gegen die Teuerung. Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterschaft abzuhalten. Wer ihnen in dieser Situation durch Sonderaktionen, Gegenparolen und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beteiligung hieran in den Rücken fällt, der schädigt die Gewerkschaftsbewegung und hat damit zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und behandelt wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzuwarten, Maßnahmen zur Linderung der Teuerung und zur wirtschaftlichen Gesundung vorgeschlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmitgliedern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem kürzesten Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht. Es bedarf dazu nicht des Umweges über kommunistische Ausschüsse und Veranstaltungen. Überdies ist der Bundesvorstand nur dem Gewerkschaftskongreß und dem Bundesausschuß Rede und Antwort schuldig, nicht aber neuen Instanzen, die kommunistischen Parolen folgen und deren Dasein schon eine Verletzung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse bedeutet.

In diesen Tagen, da Schweres auf der deutschen Bevölkerung und insbesondere auf der Arbeiterklasse lastet, muß volle Einigkeit in den Gewerkschaften über Verteidigung der ohnehin dürftigen Lebensmöglichkeiten bestehen. Wenn hier Unfrieden und Zersplitterung in unsere Reihen getragen wird, dann ist jeder Widerstand nutzlos und unser Volk der Verelendung und Versklavung überliefert. Weil aber alles auf dem Spiele steht, was wir seither errungen haben, deshalb muß auch darüber volle Klarheit geschaffen werden, daß es in diesem Kampfe nur ein Hüben und Drüben geben kann.

Wem die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, der wird die Konsequenzen seiner Handlungen auf sich nehmen müssen.

## Die Privatgärtnertagung der Gauen Groß-Berlin und Brandenburg-Pommern

fand, wie angekündigt, am Sonntag, den 3. September unter Beteiligung von etwa 1200 Personen statt, so daß es der Führung anfänglich kaum möglich war, die Besichtigung der Ausstellung reibungslos vorzunehmen, weil sie einen derartig starken Besuch nicht erwartet hatte.

Recht befriedigt von dem Gesehenen versammelten sich dann die Teilnehmer im Gewerkschaftshaus zu der eigentlichen Tagung. Der Vorstandsvorsitzende, Kollege Busch, eröffnete die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, von der er schon einleitend sagte, daß sie nicht im üblichen Stil gehalten werden soll, sondern daß er etwas näher auf die Ziele der Privatgärtnerbewegung und die Wege zur Erreichung eingehen wolle. In weiteren Kreisen der Privat- und Gutsgärtner sei häufig noch die Meinung vertreten, daß der Verband ihnen nichts helfen könne, weil die Arbeitgeber der Organisation feindlich gegenüber stehen. Hier sei der erste Schritt zur Aufklärung zu tun, denn die neue deutsche Reichsverfassung gewähre jedermann, vom Reichskanzler bis zum Lehrling, das Recht, sich zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage mit anderen gleichgesinnten Berufsangehörigen zusammenzuschließen. Den Beweis dafür erbringen die Agrarier, ebenso wie die Offiziere, Richter, Unternehmer aller Schattierungen, und warum sollten sich nicht auch die Guts- und Privatgärtner die gleichen Vorteile verschaffen, wie die 8 Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten? Natürlich könne man nicht jedem schon beim Eintritt eine lebenslängliche Rente versprechen; es handle sich nicht um einen Versicherungsverein, sondern um eine Kampforganisation zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der schaffenden Stände. Tagtäglich lehre die Erfahrung, daß die Parole von der Zusammenarbeit aller Stände ein Hirngespinnst sei, denn die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit würden sich nie verwischen lassen und kampflös seien Vorteile nur in den allerseltensten Fällen zu erreichen. Es ist auch falsch, wenn gesagt wird, daß man durch den Beitritt zu unserer Organisation den Ast absäge, auf dem man sitzt, denn die Privatgärtner machen jetzt eine Umwandlung durch, die mit dem heutigen Umbau des gesamten Wirtschaftslebens eng zusammenhängt. Die Annahme, daß Tausende von Privatgärtnerstellen nach dem Kriege eingehen würden, habe sich nur insoweit erfüllt, als es sich um wirkliche Bruchstellen handele, dagegen hätten die neuen Reichen sich Villen und Gärten zugelegt und infolgedessen auch Gärtner eingestellt. Wie sich die Entwicklung in Zukunft vollziehen werde, könne man nicht voraus sagen, jedoch stehe fest, daß, ebenso wie das Zeitalter der feudalen Gärten von dem der bürgerlichen abgelöst wurde, in Zukunft der Volksgarten der Städte das Feld beherrschen werde, so daß hier Unterkunft für viele Privatgärtner vorhanden wäre.

Es sei auch ein Irrtum, wenn manche Kollegen noch glauben, die bisherigen Lohnbewegungen hätten für sie keinen Vorteil gehabt, denn die Tatsachen lehren, daß der größte Teil der Privatgartenbesitzer aufgerüttelt worden ist und den Verhältnissen Rechnung tragen muß. Die Kollegen sollten aber nicht glauben, daß die Organisation ein übersinnliches Gebilde sei, sondern der richtige Geist wohnt ihr erst dann inne, wenn die Kollegen selbst mitarbeiten, anstatt alles von den besoldeten Angestellten zu verlangen.

In dieser Beziehung sehe es noch nicht gerade sehr erfreulich aus, denn das Selbstvertrauen der Privatgärtner ließe beinahe alles zu wünschen übrig. Viele Kollegen hätten sich in den Glauben verrannt, daß es keine andere Lebensmöglichkeit für sie gebe, wie nur als Privatgärtner, und infolgedessen hungern sie lieber, als daß sie ihre Pflichten gegenüber der Familie erfüllen. Solange solche Zustände noch vorhanden wären, dürften sich die Kollegen nicht wundern, wenn ihnen geradezu unsittliche Gehaltsangebote seitens jener Leute gemacht werden, die dauernd das Christentum im Munde führen, ohne es je praktisch zu verwirklichen. Ein Kollege, der beruflich auf der Höhe wäre, hätte nicht notwendig, seine Mitgliedschaft in der Organisation zu verschweigen, sondern er solle sich offen zu ihr bekennen, um auf diese Weise an Achtung zu gewinnen und das Ansehen der Organisation zu steigern. Nach einigen Hinweisen auf bereits abgeschlossene Tarife und sonstige Fragen schloß Kollege Busch seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die organisierten Privatgärtner sich nicht nur in dem von ihm vorgetragenen Sinne betätigen sollten, sondern daß es auch ihre Pflicht wäre, die noch Fernstehenden aufzuklären und der Organisation zuzuführen, denn nur in einer starken und einheitlichen Bewegung, die alle umfasse,

liege die Gewähr für eine ersprießliche Tätigkeit zum Wohle des ganzen Standes

Hierauf hielt der Redakteur, Kollege Reinhold, einen Vortrag über die Bedeutung des Obstbaues als Wirtschaftsfaktor, über den in einer der nächsten Nummern unseres „Gärtnerei-Fachblattes“ berichtet werden soll. Deshalb sei hier nur kurz erwähnt, daß Redner von der Tatsache ausging, daß der deutsche Obstbau die Pflicht habe, die Versorgung des deutschen Volkes mit Obst aus wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen sicher zu stellen. Da eine Ausdehnung der Anbauflächen nur im geringen Umfange in Betracht käme und weil die Anbaufläche durch den Friedensvertrag an sich schon verringert sei, müsse mit den bestehenden Anlagen versucht werden, den Ertrag zu steigern.

Nach umfangreichem Zahlenmaterial über die Menge der Obstbäume in Deutschland und Amerika sowie über die Ein- und Ausfuhr von Obst und Obstprodukten besprach der Vortragende dann die einzelnen Maßnahmen zur Steigerung der Eigenproduktion: Beseitigung des Sortenwirrwarrs, Anbau von wenigen Sorten in größeren Mengen unter Berücksichtigung von Boden, Klima und Lage, sachgemäße Ernährung und Pflege der Bäume, Umpflanzung unrentabler Anlagen, zweckentsprechendes Sortieren und genossenschaftlicher Absatz der Ernte unter Anwendung von Kühlhäusern, Kühlwagen u. dergl.

Besonders die Gutsgärtner sollten zu ihrem Teil an der Hebung des Obstbaues mitwirken, indem sie ihre Arbeitgeber auf die Wichtigkeit der Frage, die meist garnicht genügend bekannt sei, hinweisen.

In der anschließenden Aussprache wurde die wirtschaftliche Lage der Privat- und Gutsgärtner in den verschiedensten Bezirken beider Provinzen behandelt. Es wurde festgestellt, daß in 23 Kreisen Tarife abgeschlossen sind, mit deren Ergebnis unsere Kollegen wohl zufrieden sein können, leider aber haben viele nicht den Mut, den ihnen zustehenden Lohn zu fordern. Die gelbe Gutsgärtnerorganisation des Landbundes gewähre zur Zeit aus durchsichtigen Gründen sogar noch etwas mehr, wenn sie aber erst einmal ihr Ziel der Zersplitterung der freien Gewerkschaften erreicht hat, wird auch mit diesem Köder Schluß sein. Besonders abfällig wurde der immer noch vorhandene Ständedünkel kritisiert, der viele Kollegen von der Organisation fernhalte, weil sie sich etwas besseres dünken, als die übrige Arbeitnehmerschaft. Ernst wenn sie ihre „Lebensstellung“ einbüßen und auf die Straße geworfen werden, besinnen sie sich auf die Organisation, die ihnen dann helfen soll. Verschiedene Kollegen substituieren sich selbst, indem sie sich in Offertenblättern den Gutsbesitzern als „national“ empfehlen, während sie in Wirklichkeit garnicht wissen, was eigentlich national ist. Lebhaftige Klage wurde auch über die Beitragszahlungen in manchen Kreisen geführt. Hierzu ergriff die Frau eines Kollegen das Wort, indem sie den Männern den Vorwurf machte, daß sie ihre Frauen nicht genügend über das Wesen der Organisation und Arbeiterbewegung überhaupt aufklären und sich dann obendrein noch beschweren, wenn dann die Frauen in dieser Lebensfrage des Proletariats versagen. Es wäre Pflicht eines jeden Mannes, seine Frau in die Aufgaben der Politik, vor allen der Kommunalpolitik einzuweihen, sie dafür zu interessieren, damit sie befähigt würden, sich im öffentlichen Leben als Gemeindevertreterin oder dergleichen zu betätigen. Der Fortschritt der Arbeiterbewegung könne nur durch den Kampf gegen die Hemmnisse erreicht werden und die Frauen wären ebenso gut als Kämpferinnen geeignet wie die Männer, weil sie tagtäglich die wirtschaftliche Not an ihrem Geldbeutel verspüren. Überdies müsse in jeder Gutsgärtnerfamilie eine Arbeiterzeitung gehalten werden, damit sich die Einzelnen über die Ziele der Bewegung klar werden könnten. Widersinnig sei es, die Presse unserer schärfsten Gegner zu lesen, weil diese die Arbeiterschaft verdamme. Die geistige Nahrung wäre ebenso notwendig wie die körperliche und der Verbandsbeitrag bedeute eine Versicherung gegen die Wechselfälle des proletarischen Lebens. Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde noch der Antrag gestellt, in Frankfurt a. O. eine Privatgärtnertagung anläßlich der Ausstellung abzuhalten. Kollege Golisch erklärte, daß sich die Branchenleitung mit dem Antrag beschäftigen werde. Gleichzeitig sprach er dann noch eingehend über die Berliner Verhältnisse, wobei er beklagte, daß nur ein Drittel der Kollegen mitgearbeitet hätte. Jetzt aber treibe die allgemeine Notlage die Kollegen vorwärts und sie seien aus ihrer Gleichgültigkeit aufgewacht. Nach weiteren Ausführungen des Kollegen Klatt und verschiedener anderer Redner hielt Kollege Busch das Schlusswort, worauf die sehr gut verlaufene Tagung kurz nach 6 Uhr geschlossen wurde.

## Mustere Exemplare von Schloß- und Obergärtner.

Schloßgärtner sind Arbeitnehmer, die ein Interesse daran haben, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Arbeitnehmer, einschließlich der Lehrlinge, den Verhältnissen entsprechend ver-

bessert werden. Leider gibt es aber in dieser Branche noch zahlreiche Kollegen, die um geringer Vorteile willen sich und ihren Mitarbeitern schwersten Schaden zufügen. Das zeigt folgendes Vorkommnis:

Durch Zufall kommen wir in den Besitz eines Briefes nachsichenden Inhaltes: „G. H. G.! Schicke heute den jungen Mann hin. Hoffentlich gefällig er Ihnen. Er ist etwas von Begriff schwer fassend. Geben Sie doch Anfangslohn nicht zuviel (Gehalt nach Leistung). Nun, Herr G., können Sie mir bitte 30 Stück Cyklamen-sämlinge ablassen von Marienthal, weiß? Der junge Mann soll selbige bald bezahlen. Mit freundlichem Gruß H. A., Schloßgärtner. Repline bei Breslau.“

Pfui, Teufel, möchte man ausrufen. Der Herr Schloßgärtner weiß, daß der junge Mann, der bei ihm drei Jahre gelernt hat etwas schwer von Begriff ist. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß er minderleistungsfähig ist. Wäre das aber der Fall, dann hätte Herr A. die verdammt Pflicht gehabt, dem jungen Mann gleich zu Beginn der Lehrzeit zu sagen: „Du taugst nicht zum Gärtner. Schade um die Lehrzeit, ergreife eine andere Tätigkeit.“ Das hat er aber nicht getan. Der junge Mann wird drei lange Jahre als billige Arbeitskraft benutzt und dann einem Handlungsgärtner empfohlen, ihm nicht zuviel Lohn zu geben. Daß Herr A. sich hiermit das denkbar schlechteste Zeugnis als Lehrherr ausstellt, scheint er gar nicht zu ahnen. Hoffentlich sorgt die Landwirtschaftskammer Breslau dafür, daß diesem Schloßgärtner die Fähigkeit, Lehrlinge auszubilden, abgesprochen wird.

Ein anderes Beispiel: Nach Abschluß des Streiks in der Breslauer Landschaftsgärtnerei kommt ein kleines Mädchen, eine Gärtnerin, kaum 18 Jahre alt, in das Büro unserer Ortsverwaltung Breslau. Es wünschte einen Tarifvertrag für die Handelsgärtnerei, den es seinem Arbeitgeber, der außer ihr noch vier Lehrlinge, einen jungen Gehilfen und einen Obergärtner beschäftigt, vorlegen will. Die Frage, ob sie organisiert ist, wird verneint. Auf die Frage, warum der Gehilfe nicht nach dem Büro kommt, heißt es, daß er sich vor dem Obergärtner fürchtet. Nachdem ihr eröffnet wird, daß sie als Unorganisierte die Hilfe des Verbandes nicht in Anspruch nehmen kann, erklärt sie, daß die Lehrlinge im Verbands sind und auch sie die Mitgliedschaft erwerben will. Darauf wird ihr ein Tarifentwurf ausgearbeitet, den sie dem Arbeitgeber vorlegen soll. Falls die Forderungen abgelehnt werden, würde die Organisation sich eingehender mit der Firma beschäftigen. Die junge Kollegin hat dies prompt ausgeführt. Sie ist heute noch in dem Betrieb und sind erhebliche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen erreicht. Leider hat auch der Obergärtner eine Gehaltszulage bekommen, hat es aber trotzdem noch nicht für notwendig gehalten, sich der Organisation anzuschließen. Er hat es ja auch nicht nötig, denn er hat ja eine kleine tapere Gärtnerin im Betriebe, die durch ihr mutiges Eintreten auch die Arbeitsverhältnisse des Obergärtners verbessert. Ob sich diese Sorte von Obergärtnern nicht allmählich schäm?

A. Franz, Breslau.

## Sächsisch-mecklenburgischer Sklavenhandel.

Das „Handelsblatt für den deutschen Gartenbau“ meldet in Nr. 36 in lakonischer Kürze unter Gruppe Sächsisches Erzgebirge: „Der Ausschluß für Gartenbau hat ein Angebot von mecklenburgischen Junggehilfen gemacht. Bei Bedarf soll die Vermittlung des Ausschusses in Anspruch genommen werden.“

Wir fragen Herrn Dänhardt bescheiden, ob er diese Offerte auch gleich bemustert hatte, denn man kann doch schließlich den biederen Erzgebirglern nicht zumuten, die Katze im Sacke zu kaufen. Unwillkürlich tauchte „Das Sklavenschiff“ von Heinrich Heine in unserer Erinnerung auf, von dem es heißt:

„Der Superkargo Mynheer van Koek

Sitzt rechnend in seiner Kajüte;

Er kalkuliert der Ladung Betrag

Und die probabeln Profite.

Sechshundert Neger tauschte ich ein

Spottwohlfeil am Senegalflusse.

Das Fleisch ist hart, die Sehnen sind stramm.

Wie Eisen vom besten Gusse.

Vielleicht legt sich der Ausschluß der Einfachheit wegen einen Telegrammschlüssel zu, bei dem er die obigen Qualitätsbezeichnungen des Menschenmaterials übernimmt, so daß dann die Reaktanten nur noch nach Nummern zu bestellen brauchen. Beigefügte Photographien der Arm- und Beinmuskulatur dürften im Anfang gute Dienste tun, sie ersetzen mindestens das Prüfungszeugnis einer Landwirtschaftskammer.

Im übrigen ist es uns unerklärlich, warum Herr Dänhardt sich gerade auf den Import von Mecklenburgern legt, er muß doch im Inlande überschüssiges Lehrlingsmaterial genug haben! Allein die Großbaumschule Hauber hatte doch bis vor kurzem noch 47 Lehrlinge, ohne daß die sonst so gerne auf ihre amtliche Eigenschaft pochende „gesetzliche Vertretung“ des Gartenbaues im

Königreich — pardon Freistaat Sachsen — dagegen eingeschritten ist. Entweder hat also die Mehrzahl der sächsischen Jünger Flora: der grünen Kunst bald nach der Lehre den Rücken gekehrt, so daß „Warenmangel mit Preissteigerung“ eingetreten ist, oder man betrachtet im hellen Sachsen die jungen Leute aus dem Land des Ochsenkopfes für geistig so minder bemittelt, daß man sie als Kulis verwenden will.

Dies müßte uns eigentlich veranlassen, in der mecklenburgischen Presse eine Warnung vor der Auswanderung nach Sachsen zu erlassen, aber wir sehen gütigst davon ab, weil wir uns von einem mehrmonatigen Aufenthalt dieser Junggehilfen aus der dunkelsten Ecke Deutschlands im großindustriellen Sachsen mit seiner aufgeklärten Arbeiterschaft allerhand Gutes versprechen. Außerdem scheint es uns sehr fraglich, ob wirklich in Mecklenburg so viel Dumme vorhanden sein sollten, daß sich dieser Menschenhandel der Firma S i m m e n, D ä n h a r d t & C o. für die Käufer der Ware lohnt.

Die sächsischen Ministerien sollten sich aber einmal etwas näher mit der menschenfreundlichen Tätigkeit des Gartenbauausschusses befassen, dann werden sie gleich uns bereuen, daß es im Arbeitsnachweisgesetz nicht gelungen ist, die Vermittlertätigkeit solcher Arbeitgeberinstitutionen ein für allemal zu unterbinden, ehe größeres Unheil angerichtet ist. Bei der bekannten Einstellung des Ausschusses, der sogar eine reichsgesetzliche Lösung des gärtnerischen Lehrlingswesens für überflüssig hält, weil er trotz seines fortwährenden Bemerkbarmachens übergangen wurde, muß man befürchten, daß die §§ 40—42 des obengenannten Gesetzes über unparteiische Vermittlung zu Tariflöhnen auf dem Papier stehen bleiben. Vom 1. Oktober ab wird also scharf aufgepaßt werden müssen, daß offene Stellen sofort dem zuständigen Arbeitsnachweisamt gemeldet werden, sonst bleiben unter Umständen ansässige Kollegen längere Zeit arbeitslos, weil man Auswärtige als Lohndrücker und willige Werkzeuge herangeholt hat.

In allen solchen Fällen empfehlen wir rücksichtsloses Vorgehen, zumal leider ein Benutzungs z w a n g für die Nachweise fehlt. Die Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte darf in Zukunft nicht mehr der Willkür überlassen bleiben, sondern sie ist im Interesse der gesamten Volkswirtschaft planmäßig zu gestalten. Alle dahin zielenden Maßnahmen werden aber sabotiert und durchkreuzt, solange Gartenbauausschüsse, Landwirtschaftskammern u. dgl. unter dem Deckmantel der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung gewerbsmäßig Menschenhandel treiben dürfen. W. R.

### Einat und Jetzt.

Es gibt heute noch allerlei Menschen, die darüber ergrimmt sind, daß ihrer Klasse die jahrhundertalte Macht geraubt ist. Sie besudeln deshalb die Republik, die ihnen ein Dorn im Auge ist, in der ihnen eigenen Weise, reden von „Affenfreiheit“ u. dgl. und behaupten, das deutsche Volk brauche „Helden“, zu denen es ehrfürchtig aufsehen könne oder einen Götzen, Monarch genannt, ohne sich bewußt zu sein, was sie sich und dem gesamten Volk damit für ein Armutzeugnis ausstellen.

Auf der anderen Seite glaubt man wieder, es seien überhaupt keine Fortschritte erzielt, alles wäre Selbsttäuschung. Zu Nutz und Frommen beider bringen wir heute die Einleitung eines vom Königl. Preuß. Hofgärtner F. Z. Salzmann in Potsdam 1774 verfaßten Buches:

„Pomologia  
oder  
Frucht-Lehre,  
alles

in freyer Luft unseres Climatis wachsenden  
Obstes, an seiner Farbe, Gestalt, Geschmack  
und dem Nahmen nach zu  
erkennen;

nebst dererselben Bäume kurzgefaßter

Cultur;  
zum Besten

der  
Anfänger und Liebhaber

der  
Garten-Wissenschaft.“

Dort heißt es:

„Durchlauchtigste Prinzeßinn,  
Gnädigste Prinzeßinn und  
Frau

Ew. Königl. Hoheit huldreichste Herablaßung zur Garten-Cultur, macht mich so kühn, Hochderoselben meine geringe Versuche betreffend die Pomologie oder Frucht-Lehre, nebst kurzgefaßter Cultur derer Obst-Bäume etc. als ein Merkmal meiner unterthänigsten Ehrfurcht zu Füßen zu legen.

Das von Ew. Königl. Hoheit gegebene Beyspiel, Sich Höchstselbst damit zu beschäftigen, ist mir ein sicherer Bürge, daß

„Feiger Gedanken bängliches Schwanken  
mildert kein Elend, macht euch nicht frei.  
Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten,  
mutig sich zeigen, nimmer sich beugen  
rufet die Arme der Götter herbei!“

Goethe.

Höchst Dieselben dieses Werk gnädigst aufnehmen, und meine Kühnheit durch die Begierde dem Publico nützlich zu seyn, huldreichst entschuldigen werden.

Die zu Sans-Souci befindlichen Garten-Anlagen, erhalten ohnstreitig den Preis unter den rühmlichsten und größten dieser Art, zumal sie ihr Daseyn und Vollkommenheit allein der Anordnung und Vorsorge, unseres allergrößten und weisesten Monarchen zu danken haben. Die Kunst biethet der Natur überall die Hand; denn was für Mittel werden nicht ins Werk gerichtet, auch denen Früchten, deren Vaterland die entferntesten Welttheile sind, ihre größte Vollkommenheit zu geben. Alle diejenigen, so an dieser belustigenden und rühmlichen Arbeit Theil haben, beeifern sich, unser Clima denen wärmern in Versuchen jeder Art gleich zu machen, und wie freudig bestrebt sich nicht ein jeder Gärtner, der die hohe Gnade hat, in diesem höchst ruhmvollen Dienste zu stehen, auch für die Zukunft zu arbeiten; hauptsächlich aber, wenn er zum voraus siehet, daß eine wahre Neigung zum Garten-Bau, sich auch in die hohe Nachkommenschaft unsers großen Königes, so Augenscheinlich fortpflanzet.

Ew. Königl. Hoheit gnädigste Aufnahme dieses Werks, wird mich um desto mehr anfeuern, keine Mühe zu sparen, meine noch übrigen Kenntnisse in diesen so wichtigen und nutzbaren Wissenschaften ferner ans Licht zu stellen. Ich ersterbe

Ew. Königl. Hoheit

Potsdam, den 20. Jul.

1774.

unterthänigster Knecht,  
Salzmann.“

Wer denkt da nicht an jene Audienz in dem von Goethe nachträglich wieder gestrichenen Text des „Faust“: Ein Zeremonienmeister geleitet den Untertan zur höllischen Majestät und es entspinnt sich folgendes Gespräch:

X.: — — — So küß' ich, bin ich gleich von Haus aus Demokrat,  
Dir doch, Tyrann, voll Dankbarkeit die Klauen.

Zeremonienmeister: Die Klauen! Das ist für einmal.

Du wirst dich weiter noch entschließen müssen.

X.: Was fordert denn das Ritual?

Zeremonienmeister: Beliebt, dem Herrn den hintern Teil zu küssen,

X.: Darüber bin ich unverlor'n,

Ich küsse hinten oder vorn.

W. R.

### Arbeitskämpfe und Tarife

Rathenow (Forstbaumschulen). Der Lohn beträgt vom 1.—30. September für Arbeiter über 18 Jahre 42 M., für verheiratete Arbeiter über 18 Jahre 45 M., für Arbeiterinnen von 14—15 Jahren 18 M., von 15—16 Jahren 20 M., von 16—18 Jahren 23 M., über 18 Jahre 30 M. die Stunde. Die Löhne der Gärtner werden frei vereinbart, sind jedoch mindestens 2 M. höher als die der Arbeiter. Kutscher erhalten für Pferdepflege außerhalb der Arbeitszeit eine Patschale in Höhe von 400 M. wöchentlich.

Wolfenbüttel. Was Einigkeit vermag, das bewiesen unsere Kolleginnen, die Feldarbeiterinnen der beiden Konservenfabriken Keune und Busch & Barnewitz in Wolfenbüttel. Seit Jahren bemühte sich anfangs der Fabrikarbeiterverband und dann unsere Organisation, für die betr. Arbeitergruppe eine annehmbare Lohnregelung zu schaffen; es scheiterte aber stets an dem Widerstand der Unternehmer. Diese stellten alles mögliche auf, um den verhaßten Verband in ihren Betrieben nicht hochkommen zu lassen. Schwierig für uns gestaltete sich die Sache insofern, da wir in den beiden Betrieben keine männlichen Mitglieder haben, die unseren Kolleginnen einen Rückhalt bieten konnten. Im Gegenteil, ein früherer Obergärtner in der Firma Keune machte den organisierten Kolleginnen das Leben sehr sauer, und hat sich somit als Feind der Arbeiterschaft ein unrühmliches Denkmal gesetzt. Trotzdem hielt der alte Stamm dem Verband die Treue, bis es in diesem Frühjahr gelang, die gesamten Feldarbeiterinnen beider Betriebe restlos zu organisieren. In einer von allen unterschriebenen Entschließung wurde unser Verband beauftragt, einen Tarifvertrag abzuschließen. Am 16. Juni d. J. ging die Forderung der Feldarbeiterinnen in Erfüllung, indem vor dem Schlichtungsausschuß in Braunschweig ein Vergleich geschlossen wurde. Nach diesem gelten die Bestimmungen des Landarbeiter-Rahmentarifes für den Kreis Wolfenbüttel auch für die Feldarbeiterinnen.

Ferner kam ein Lohntarif mit einer gleitenden Lohnskala zustande. Auf Grund dieser Regelung betragen die Lohnsätze für unsere Kolleginnen ab 1. September d. J. für Arbeiterinnen über 18 Jahre 19,25 M., unter 18 Jahren 17,25 M.

## Privatgärtnerei

Muskau (O.-L.). (Parkverwaltung Graf Arnim.) Ab 15. August erhalten Arbeiter über 20 Jahre 30,60 M., von 17—20 Jahren 29,20 M., von 15—17 Jahren 24,30 M., von 14—15 Jahren 16,20 M. die Stunde; Wegegeldzuschlag 5 %. Arbeiterinnen über 17 Jahre 15,60 M., von 16—17 Jahren 13,50 M., von 14—16 Jahren 10,80 M. die Stunde; Wegegeldzuschlag 10 %. Lehrlinge im ersten Lehrjahre 12,60 M., im zweiten 14,60 M., im dritten 16,20 M. die Stunde. Gärtner erhalten monatlich ab 1. August 5450—5650 M.

### Danksagung.

Hiermit gestatten wir uns, Frau Mosse, Gutsbesitzerin in Schenkendorf bei Königswusterhausen, unsern tiefgefühlten Dank auszusprechen für den Teuerungsausgleich von 5 Papiermark gleich 2 Goldpfennigen für den Monat August an unsern Kollegen G a r n, der auf dem dortigen Gute als Gärtner tätig ist. Da G. nun 153 Mark monatlich nebst freier Kost und Wohnung bezieht, fühlt er sich moralisch verpflichtet, die im Verlag von Rudolf Mosse erscheinende „Berliner Volkszeitung“ zu abonnieren, um zu erfahren, wie Arbeiterinteressen vertreten werden und um weiter der Frau Millionärin Mosse dadurch noch ganz besonders seine Dankbarkeit zu beweisen. Möge es ihr auch weiterhin vergönnt sein, von dem ersparten Gelde „hochherzige“ Millionienstiftungen und erste Preise für Segelflugwettbewerbe auszuwerfen.

## Blumengeschäftsangestellte

Stuttgart. In den Verhandlungen vom 13. September wurde eine 50%ige Zulage mit Wirkung ab 10. September vereinbart. Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahr 168 M., im zweiten 252 M., im dritten 315 M. pro Woche.

## Lehrlings- und Bildungswesen

### Lehrlingsprüfungen.

Mittelfranken. Am 16. und 17. August wurden in der Stadtgärtnerei Nürnberg 9 Lehrlinge geprüft, die alle bestanden. Die nächste Prüfung für Nürnberg findet im kommenden Frühjahr statt. — Für den Bereich der Kreisbauernkammer Schwaben wurde die 3. Lehrlingsprüfung am 11. Juli in Augsburg abgehalten. Es bestanden 10 Lehrlinge. Die 4. Prüfung fand am 10. August in Kempten statt. Hier unterzogen sich 3 Lehrlinge der Prüfung, die ebenfalls durchkamen.

## Berichte

### Schadenersatzklage wegen vorenthaltener Zeugnisse.

In der „Bindekunst“ lesen wir folgendes: „Ein Hausdiener war vom Vertreter des Geschäftsinhabers entlassen worden und erhielt nur ein Zeugnis über eine dreieinhalbjährige Tätigkeit in dem Geschäft. Seine früheren Zeugnisse hatte der verleihte Geschäftsinhaber in Verwahrung; erst nach zweieinhalb Wochen erhielt der Hausdiener diese Zeugnisse ausgehändigt. Mit der Begründung, daß er wegen fehlender Papiere keine Beschäftigung finden konnte, klagte er auf Schadenersatz. Die beklagte Firma vermochte nachzuweisen, daß der Kläger sich garnicht ernstlich um Arbeit bemüht hatte, sie erklärte sich freiwillig bereit, dem Kläger die Hälfte der geforderten Summe zu zahlen. Eine Einigung wollte der Kläger nicht eingehen. Die beklagte Firma wurde darauf zur Zahlung entsprechend ihrem Angebot verurteilt, dem Kläger wurden dagegen die Kosten auferlegt. Maßgebend für dieses Urteil war der § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der besagt, daß, wenn bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt hat, die Verpflichtung zum Ersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes insbesondere davon abhängt, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder anderen Teile verursacht worden ist.“

## Ausland

### Der englische Gewerkschaftskongreß

begann am 4. September. 800 Delegierte, die 5—6 Millionen Mitglieder vertreten, nahmen teil. Bei der Eröffnung erklärte der Vorsitzende Walker, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederauflebens des Handels. Millionen Arbeiter würden im nächsten Winter große Entbehrungen leiden. Die Arbeitgeber benutzen

die Wirtschaftslage, die jeden Tag schlimmer werde, um die Löhne herabzudrücken; sie möchten den Arbeitern auch das Mitbestimmungsrecht bei der Kontrolle der Industrie absprechen. Die Arbeitslosigkeit werde in der kommenden Zeit in erschreckendem Maße zunehmen. Es wurde auch angeregt, den Ärmelkanaltunnel baldigst in Angriff zu nehmen, damit die Arbeitslosenzahl etwas verringert wird. Zum Schluß trat Walker für eine Revision des Versailler Vertrages, für die Zurückziehung der Besatzungsheere aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens auf dem Kontinent ein. Die Arbeiter würden nicht mehr dulden, nur Figuren in dem Schachspiel zwischen den Regierungen zu sein; diese Frage sei für sie und ihre Genossen in den anderen Ländern eine Frage des täglichen Brotes.

Smillie, der bekannte Führer der Bergarbeiter erklärte, in England hungerten Millionen Menschen und litten Entbehrungen, weil die Staatsmänner Europas die europäischen Probleme nicht im Interesse der Völker geregelt hätten.

„Der Kongreß richtet an das französische Volk den Appell, 1. die neue republikanische Demokratie in Deutschland durch eine Politik gegenseitigen Vertrauens zu unterstützen,

2. die von der deutschen Regierung gemachten, von der französischen Arbeiterklasse angenommenen, aber vom französischen Kapitalismus abgelehnten Angebote, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, erneut in Erwägung zu ziehen,

3. all diejenigen zu unterstützen, die die Sicherheit Frankreichs und die Sicherheit ihres eigenen Landes in einem neugebildeten und allumfassenden Völkerbund erblicken, der eine Politik der fortschreitenden und allgemeinen Entwaffnung verfolgen müßte.

Diese Resolution wurde von J. H. Thomas begründet. Nach ihm sprach die bekannte Führerin der gewerkschaftlichen Frauenbewegung in England, Margaret Bonfield, die soeben von einer Informationsreise in Deutschland zurückgekehrt war und mit besonderem Nachdruck die Zurücknahme der schwarzen Truppen am Rhein verlangte. Die Bevölkerung dort hätte das Gefühl, einer fremden Militärherrschaft unterworfen zu sein. Die psychologischen Konsequenzen dieses Zustandes seien ernst. Das Volk werde durch eine gewaltige und hinterlistige Propaganda bearbeitet, die ihm die Überzeugung beibringen wolle, daß alle seine Leiden auf die republikanische Regierung zurückzuführen seien.

Sodann sprach der ebenfalls kürzlich aus Deutschland zurückgekehrte Abg. Tom Shaw, der die psychologische Lage des französischen Volkes als die größte Schwierigkeit bezeichnete. Die Politik der Rache gegen das deutsche Volk mache glücklicherweise einen Stimmungsumschwung Platz. Erst kürzlich hätten in vierzehn der größten französischen Städte unter Beteiligung englischer Arbeiterführer große Volksversammlungen stattgefunden, in denen die britische Arbeiterpartei den arbeitenden Massen Frankreichs gesagt habe: „Die Politik eurer Regierung kann niemals zu einem Erfolg führen. Ihr habt sie nun schon mehrere Jahre erduldet und das Ergebnis war, daß fast jeder Groschen, den ihr erhielt, durch die Besatzungsarmeen verschlungen wurde. Ihr treibt eine mit freundschaftlichen Gefühlen beseelte Republik — und das ist die deutsche Republik — zur Verzweiflung und erzeugt einen Haß, der euch eines Tages vernichten wird. Und ihr tut das, weil ihr bis heute noch nicht verstanden habt, daß die einzige Garantie dafür, daß ihr irgend welche Reparationen erhaltet, eben in dem republikanischen Deutschland liegt“

Shaw fuhr fort, das deutsche Volk würde nicht, wie das russische Volk zusammenstürzen. Dazu sei es zu stark, zu gebildet und zu gut organisiert. Durch die gegenwärtige Reparationspolitik würde es aber keine Wiederherstellung geben, sondern nur einen Zusammenbruch im Herzen Europas, der das gesamte wirtschaftliche System Europas zerschlagen würde.

### Warnung vor Stellungnahme in Jugoslawien.

Die Firma J. M. Georgievic in Bela Cukva (Weißkirchen) sucht dauernd in deutschen Zeitungen Spezialisten für ihre Kulturen. Es muß aber vor Annahme von Stellung nach dort gewarnt werden, denn das Essen ist äußerst mangelhaft, die Arbeitszeit beträgt meist 13 bis 14 Stunden, obgleich „nur“ 10 Stunden festgesetzt sind. Unter den 50 bis 60 Beschäftigten sind nur 5 bis 6 deutsche Gehilfen. Die Entlohnung beträgt monatlich 300 bis 350 Dinar, wozu noch 400 Dinar für solche kommen, die sich selbst hekötigen. Das entspricht einer Summe von 8400 bis 8750 M. Der Paß kostet aber allein 300 Dinar und die Reise von Berlin nach dort 500 Dinar.

## Rundschau

### Bargeldlose Lohnzahlungen.

Die außerordentliche Knappheit an Bargeld hat dazu geführt, daß kürzlich Lohnzahlungen entweder in einzelnen Raten oder auch auf bargeldlosem Wege erfolgen mußten. Der tiefere Grund

dafür dürfte darin zu suchen sein, daß die Reichsbank trotz einer Entwertung der Mark auf weniger als ein Dreihundertstel nur Zahlungsmittel im Umlauf hat, die im Höchsthalle auf den zehnfachen Friedensbetrag lauten. In der Hauptsache ist die Knappheit an Barmitteln aber auf das Emporschnellen der Preise infolge der letzten Markkatastrophe zurückzuführen.

In Reichsbankkreisen will man der Bargeldknappheit durch einen erhöhten Notenumlauf steuern. Dieses Mittel ist sehr verhänglich, da es unweigerlich eine weitere Entwertung des Geldes nach sich zieht. Ist es auch nicht durchführbar, daß die Notenpresse mit einem Male abgestoppt ist, so bleibt es doch ein erstrebenswertes Ziel, den Umlauf der Noten keinesfalls mehr zu erhöhen, als es der dringendste Bedarf an Zahlungsmitteln erfordert. Nun werden auch für die Gehalts- und Lohnzahlungen heute erheblich mehr Noten verbraucht als unumgänglich notwendig wäre. Am deutlichsten wird das bei der Zahlung der monatlichen Gehälter an Angestellte. Diese sind für den Gebrauch eines ganzen Monats bestimmt und werden, soweit die rasende Teuerung nicht einen Strich durch die Rechnung macht, auch über die entsprechende Zeit verteilt, so daß erhebliche Beträge von Noten oft wochenlang nutzlos in der Brieftasche oder im Schrank verwahrt werden. Auch im Haushalt des Arbeiters gibt es eine große Reihe von Zahlungen, die nicht notwendig mit Bargeld beglichen zu werden brauchen, sondern ebenso gut durch eine Zahlungsanweisung auf die Bank, die der Arbeitgeber ausgestellt hat, also durch einen Scheck beglichen werden könnten. Es wäre also durchaus zu begrüßen, wenn eine Form gefunden würde, die den Scheck in weitem Umfange als Zahlungsmittel auch für Arbeiter und Festbesoldete brauchbar machen würde, wie dies schon in Amerika üblich ist.

Hierzu erfolgte kürzlich ein bemerkenswerter Vorschlag von industrieller Seite. Es sollten alle größeren Industrie- und Handelsfirmen eines Bezirks sich zusammenschließen und durch Propaganda bei den beteiligten Handelskreisen dafür sorgen, daß die auszugebenden „Arbeitnehmerschecks“ auch ohne weiteres in Zahlung genommen werden. Die Schecks selber sollten nicht über das ganze Gehalt, sondern über kleine runde Teilbeträge, also etwa in Höhe von 100, 500 und 1000 M., ausgegeben werden, so daß sie sich leicht als Zahlungsmittel eignen. Auch sonst sind für ihre Ausfertigung Erleichterungen zu gewähren. Bei der Lohnzahlung käme zunächst nur ein Teil für die Begleichung mit Schecks in Frage.

Das sind nur die Grundzüge des Planes, dessen ausführliche Darstellung zu viel Raum erfordern würde. Uns scheint, daß dieser Plan sehr wohl einer Würdigung bedarf. Nur müßten zu seiner Ausarbeitung auch die Gewerkschaften und Genossenschaften, die beide ebenfalls in den bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeschaltet werden können, herangezogen werden. Vorbedingung dafür ist natürlich, daß die notwendigen Sicherungen geschaffen werden, die Mißbrauch und Fälschung der Schecks ausschließen, um nicht die Vorteile des bargeldlosen Verkehrs bei den Arbeitern wieder in Mißkredit zu bringen. Jedenfalls wäre durch die Einführung bargeldloser Zahlungen eine wesentliche Erleichterung für die Reichsbank leicht zu ermöglichen, weil dann der Bedarf an Zahlungsmitteln nicht so sehr wie bisher ruckweise und an einzelnen Tagen übertrieben stark auftreten, sondern sich auf längere Zeit verteilen würde. Das allein macht die Frage schon wert, daß sie in der Arbeiterschaft genügend Beachtung findet.

#### Rüsten wir?

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der gewaltigsten deutschen Industrie, schrieb vor kurzem:

„Die Zeit der sozialen Experimente ist binnen kurzem endgültig vorbei. Mit demselben Ernst, mit dem wir bisher Sozialpolitik betrieben haben, werden wir in Zukunft rein sachliche Wirtschaftspolitik machen. Hier haben die Gewerkschaften bisher jedoch fast gänzlich versagt. Es ist nicht anzunehmen, daß sie ohne weiteres eine andere Einstellung vornehmen werden. Große und erbitterte Arbeitskämpfe sind deshalb wahrscheinlich. Daß diese unter Umständen aber auch die Vernichtung der Gewerkschaften herbeiführen können, darüber müssen sich deren Führer jetzt schon Rechenschaft ablegen.“

Noch deutlicher kann man wohl kaum über seine wahren Absichten reden. Man will die lästigen Gewerkschaften beseitigen, weil sie keine „sachliche“ Wirtschaftspolitik treiben, d. h. nicht in eine Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne willigen wollen. Wo bleibt aber von der anderen Seite die Sachlichkeit bei der Beschränkung der Gewinne? Sollen denn immer nur die Arbeiter und Konsumenten die Zeche zahlen, nur damit das Großkapital keine Opfer zu bringen braucht? Wenn auch die 8 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten derartige Drohungen nicht zu fürchten brauchen, wenn sie einmütig zusammenhalten, so müssen sie sich doch alle darüber klar sein, daß diese Konzerne unbeschränkte Geldmittel zur Verfügung stellen werden, wenn es gilt, das schwerste Hindernis beim Tanz um das goldene Kalb zu beseitigen. Es wird also für uns

zu der organisatorischen noch eine finanzielle Belastungsprobe größten Stiles treten, die wir nur aushalten können, wenn alle Mitglieder rechtzeitig ihrem Verband die nötigen Kampfmittel zur Verfügung stellen, d. h. mindestens vier Fünftel eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag zahlen. Nur so wird es möglich sein, die gewaltig anschwellenden Ausgaben zu bestreiten und darüber hinaus die für die Zukunft nötigen Rücklagen zu machen.

**Sorge also ein jeder dafür, daß unsere Waffen zu jeder Zeit scharf sind!**

#### Staatliche Beihilfen an Lehrlinge des Baugewerbes.

Der Reichsarbeitsminister hat durch ein Rundschreiben an die Regierungen der Länder vom 15. Juli d. J. mitgeteilt, daß er aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge 1 Million M. zur Förderung der Lehrlingshaltung im Baugewerbe zur Verfügung gestellt hat. Die Landesberufsämter, denen die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, sollen davon ein Fünftel für Werbezwecke (zur Erlernung des Bauhandwerks) und ein Fünftel für Sachleistungen an Lehrlinge des Baugewerbes verwenden.

Diese Sachleistungen sollen als einmalige Beihilfen solchen Lehrlinge gewährt werden, deren finanzielle Notlage eine Unterstützung notwendig macht. Sie sollen in der Regel 1500 M. nicht übersteigen und sind durch das örtliche Berufsamt beim Landesberufsamt zu beantragen. Voraussetzung ist, daß ein ordnungsmäßiges Lehrverhältnis mit Lehrvertrag vorliegt.

Die Zahlung solcher Beihilfen an Lehrmeister soll in der Regel ausgeschlossen sein. Die Beihilfen können verwendet werden: zur Lieferung von Arbeitsgerät und als Beitrag zur Beschaffung von Arbeitskleidung, als Zuschüsse an die Eltern für die Kosten des Lebensunterhalts des Lehrlings, als Beiträge für Unterbringung in Lehrlingsheimen.

#### Milliarden für Sozialrentner.

Die Rentempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erhalten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen. Zu außerordentlichen Notstandsmaßnahmen für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von 1 Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden, oder beide zusammen, sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens  $\frac{1}{6}$  der aufzuwendenden Beträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Linderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner alsbald verwendbar sind.

Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner sind von 500 Millionen Mark auf 1 Milliarde Mark erhöht worden.

Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. August ab neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für den Monat September um durchschnittlich 66 $\frac{2}{3}$  Prozent erhöht. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber den August-Beträgen insgesamt um rund 140—200 Prozent erhöht sein werden. — Die Reichsmittel der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge sind bereits von 500 Millionen auf eine Milliarde erhöht worden.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung ist eine Aufbesserung der Leistungen durch Heraufsetzen der Grundlöhne auf 180 bzw. 500 M. erfolgt. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung ist eine Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 300 000 M. festgesetzt. Bis zu 90 000 M. wird das Jahreseinkommen bei der Rentenbemessung voll angesetzt; das Sterbegeld beträgt 3000 M. Auch in der Angestelltenversicherung ist die Versicherungsgrenze auf 306 000 M. (R. G. Bl. I Nr. 63) erweitert worden.

#### Die Markenbrotberechtigten.

Durch eine Verordnung über die öffentliche Brotversorgung hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Ausführungsbestimmungen über die Beschränkung der Versorgung mit Markenbrot erlassen. Danach werden alle Personen von einer gewissen Einkommensgrenze ab von der Brotversorgung ausgeschlossen. Da für dieses Jahr die Einkommensteueranmeldung noch nicht erfolgt ist, mußte das steuerpflichtige Einkommen für das Kalenderjahr 1921 zugrundegelegt werden. Die Einkommensgrenze beträgt für das vergangene Jahr für Einzelpersonen 30 000 M., zuzüglich 15 000 M. für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen. Für diejenigen, dessen Einkommen sich gegen diese Höchstsätze für 1921 in diesem Wirtschaftsjahr um nicht mehr als das Vierfache vergrößert hat, also der Geldentwertung nicht genügend gefolgt ist, bleibt der Nachweis darüber offen und damit die Möglichkeit, Markenbrot zu beziehen. Die Durchführung der Verordnung liegt in der Hand der Kommunalverbände. Der Ausschluß der Personen, die auf Markenbrot keinen Anspruch haben, soll bis zum 16. Oktober 1922 erfolgen.

Markenbrotberechtigt bleiben demnach Alleinstehende mit einem Jahreseinkommen 1922 bis 120 000 M., Verheiratete ohne Kinder bis 180 000 M., Verheiratete mit einem Kind bis 240 000 M., Verheiratete mit drei Haushaltsangehörigen bis 300 000 M. usw.

### Einst und jetzt.

Die Geldentwertung wird durch folgende Gegenüberstellung recht anschaulich illustriert.

Früher konnte man kaufen:	Heute erhält man dafür:
für 1000 M. 20 Anzüge	1 Weste
„ 900 „ 1 gutes Klavier	1 Paar Kinderschuhe
„ 800 „ 100 Mastgänse	1 Herrenhut
„ 700 „ 5 kg Feinsilber	5 kg Blei
„ 600 „ 1 Motorrad	1 kg Baumwolle
„ 500 „ Einrichtung einer Arbeiter-	2 Paar woll. Frauenstrümpfe
„ 400 „ 1 Milchkuh [wohnung	2 Pfund Butter
„ 300 „ 1 Waggon Kartoffeln	2 Mandeln Eier
„ 200 „ 1 Monat Badereise	1 mal Übernachten
„ 150 „ 1 Nähmaschine	nicht mal 1 Rolle Obergarn
„ 75 „ 1 Ruderboot	1 Stehkragen
„ 50 „ 1 seidenes Damenkleid	1 Taschentuch
„ 10 „ 1 m Brennholz	1 Bleistift
„ 7 „ 1 Flasche Sekt	1 Pfund Heu
„ 5 „ 1 Nickeluhr	1 Päckchen Stecknadeln
„ 4 „ fast 1 ganze Kiste Zigarren	2 Zigaretten
„ 3 „ 5 Zentner Briketts	1 1/2 Schachteln Zündhölzer
„ 1 „ 1 leckeres Mittagmahl	1 Nagel,

der vielleicht kräftig genug ist, sich daran aufzuhängen — vielleicht auch nicht.

### Deutschlands Einfuhr an entbehrlichen Waren.

Mit jeder Mark, die zum Erwerb fremder Devisen aufgewendet werden muß, wird der Einkauf von Rohstoffen aus dem Auslande schwieriger. Wir alle haben daher die Pflicht, unseren Verbrauch an ausländischen Genußmitteln und Luxusgegenständen einzuschränken, um nicht Devisen ins Ausland zu geben, die für die notwendige Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für unsere Industrie gebraucht werden. Wie wenig aber dieses in unserer Situation oberste volkswirtschaftliche Gebot beachtet wird, zeigt folgender Auszug aus der Statistik über den deutschen Außenhandel im ersten Halbjahr 1922. Es wurden für 130 Milliarden Mark ausgeführt und für 142 Milliarden Mark Waren eingeführt. Darunter befanden sich:

	im Werte von
Tabak . . . . .	2 1/2 Milliarden Mark
Kaffee . . . . .	1 1/4 „ „
Obst und Südfrüchte . . . . .	1,193 „ „
Frühhemise . . . . .	263 Millionen Mark
Wein und Most . . . . .	477 „ „
Liköre und Trinkbranntwein . . . . .	272 „ „
Sprit . . . . .	252 „ „
Zigarren und Zigaretten . . . . .	73 „ „
Bier . . . . .	18 „ „

Da wir uns nicht den Luxus leisten können, daß unsere Mark durch die kostspieligen Bedürfnisse einer Hand voll Genießer und Schlemmer noch mehr entwertet wird, fordern wir von der Reichsregierung, daß sie nichts unterläßt, was geeignet ist, die Einfuhr von Genußmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

### Dividende in der Konserven-Industrie.

Die Konservenfabrik Braun erzielte in ihrem Betriebe Pfeddersheim folgende Dividende:

1919/20 = 14 %

1920/21 = 15 % + 17 1/2 % für Stammaktien, + 7 % auf Vorkzugsaktien. Gleichzeitig wurden große Bauten ausgeführt.

Der Betrieb Braunschweig der Konservenfabrik Braun brachte folgende Erträge:

1919/20 = 20 %

1920/21 = 30 %. Vom 1. 4. bis 30. 12. 1921 = 60 %.

Die Lieferungsfähigkeit der Fabrik beträgt 100 000 Zentner Gemüse- und Obstkonserven und 250 000 Zentner Marmeladen.

So notwendig es ist, das über den Frischverbrauch hinaus erzeugte Obst und Gemüse für die Wintermonate zu konservieren, so muß doch auch Wert darauf gelegt werden, daß diese Konserven im Interesse einer gesunden Volksernährung zu erschwinglichen Preisen im Inland zu haben sind und nicht etwa zu Valutapreisen nach dem Ausland verschoben werden. Aus den obigen Dividenden geht aber hervor, daß entweder die Inlandpreise viel zu hoch waren, oder Valutageschäfte gemacht worden sind. Der Leidtragende ist das Volk, zu dessen Ernährung wieder Umsatzen für ausländisches Getreide usw. ausgegeben werden müssen, während hiesige Hülsenfrüchte exportiert werden. Das ganze nennt man Planwirtschaft.

### Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

trifft Vorkehrungen zur Schmückung der Kriegergräber im Ausland zum Totensonntag und zu Allerseelen. Im Juniheft seiner Zeitschrift legt der genannte Volksbund ausführlich Rechenschaft über seine umfangreiche Tätigkeit ab. Er stand bisher im Schriftwechsel mit 4000—5000 ausländischen Orten aller Länder, die in irgendeiner Weise vom Kriege berührt worden sind; darunter befinden sich selbst sehr kleine und entlegene Ortschaften. Infolgedessen ist es dem Volksbunde möglich, Auskunft über ein Kriegergrab zu verschaffen oder Wünsche für die Schmückung zu erfüllen, vorausgesetzt, daß das fragliche Grab zu finden ist. Seine Tätigkeit hat viel dazu beigetragen, daß die Kriegergräber im Ausland erhalten werden. Der Sitz des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist in Berlin W 10, Matthäikirchstr. 17

### Schützt Eure Konsumgenossenschaften!

Die Konsumgenossenschaften haben seit den Jahren ihres beispiellos großartigen Aufschwungs preisbildend nach unten gewirkt. Sie haben sich im einzelnen und mit ihrer Zentralorganisation der Eigenproduktion auf manchen Gebieten zugewandt und damit der unbeschränkten Herrschaft des Privatkapitals einen Damm entgegengesetzt. So sind sie zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor herangewachsen, der in immer stärkerem Maße, aber vergeblich von seinen kapitalistischen Gegnern beneidet und bekämpft worden ist.

Nun aber türmen Geldnot und Teuerung die Gefahr, die auch den genossenschaftlichen Unternehmungen droht. Schon haben die Konsumgenossenschaften zum Teil bei teuerstem Waren- und Rohstoffeinkauf und nicht entsprechend hohen Betriebsmitteln von ihrem festen Besitzstande zusetzen müssen. Das darf um des Wohles der organisierten und aller Verbraucher willen nicht weiter gehen. Der Besitzstand der Genossenschaften darf nicht zerbröckeln. Was wäre die Folge eines etwaigen Unterganges der Konsumgenossenschaftsbewegung? Die Verbraucher würden vollends der Ausbeutung des dollarkräftigen Privathandels überantwortet werden, heutehungrige Kapitalbesitzer, verdienstgierige Schieberexistenzen würden ganz und gar das Feld der Bedarfsversorgung beherrschen. Wehe dem Konsumenten, selbst in einer etwa kommenden allgemeinwirtschaftlichen besseren Zeit, wenn dann dem Ausbeutertum auf dem Warenmarkt ohne die Hemmungen und Widerstände durch die konsumgenossenschaftlichen Organisationen das freventliche Spiel reiner Preiswillkür erlaubt wäre. Die Bewucherung würde grenzenlos.

Darum muß jetzt Widerstand geleistet werden. Darum sollen und müssen die Konsumgenossenschaften leben und segensbringend für die Zukunft sein. Die Erkenntnis schafft sich Bahn, daß zur Rettung der Konsumgenossenschaftsbewegung alle erforderlichen Maßnahmen mit höchster Kraftanstrengung durchgeführt werden müssen. Was meist gar zu lange verabsäumt worden ist, muß nun zunächst geschehen. Die Mitglieder der Konsumvereine müssen, da es jetzt noch möglich und noch nicht zu spät ist, allenthalben sofort ihre Geschäftsanteile mindestens bis zur Höhe des Wochenlohnes eines gelernten Arbeiters heraufsetzen.

### Die Zunahme der Feuerbestattung in Deutschland.

Eine Übersicht über den Betrieb der deutschen Krematorien während des zweiten Vierteljahres 1922 läßt erkennen, daß die Zunahme der Feuerbestattungen unaufhaltsam wächst, und diese Zunahme ist nicht mehr auf die Rechnung einer allzu hohen Sterblichkeit zu setzen, wie zu Anfang des Jahres; vielmehr ist die Sterblichkeit nach sonstigen Berichten wieder die normale. Die Angaben der einzelnen Krematorien beziffern sich zusammen auf 6638 (4651) Verbrennungen. Von den Eingäscherten waren 3552 männlichen, 3086 weiblichen Geschlechts; dem Bekenntnis nach waren 5349 evangelisch, 304 katholisch, 23 altkatholisch, 134 mosaisch, 828 waren freireligiös oder Dissidenten, oder es war ein Bekenntnis nicht angegeben. Im ersten Halbjahr 1922 fanden 13812 Einäscherungen gegen 9453 im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres statt. Insgesamt beträgt die Zahl der von den deutschen Krematorien bisher bewirkten Einäscherungen 185 721.

## Bekanntmachungen

**Braunschweig.** Mitgliederversammlungen finden jetzt nur noch jeden 4. Sonnabend im Monat statt. Zur nächsten Versammlung wird ein interessanter Vortrag auf der Tagesordnung stehen.

**Gesucht** wird der Kollege **Holmut Zschäbitz** aus Stecklenberg, zuletzt in Taucha bei Leipzig. Er wird aufgefordert, seinen Eltern unverzüglich Nachricht zu geben. Kollegen, die seine Adresse kennen, wollen diese an den Vater senden, der alle Unkosten ersetzt.

**Redaktionsschluß der nächsten Nummer Mittwoch, den 27. Sept.**